Heine den Antrag Aichbichler und empfahl unsere Verbesserungsanträge. Die Linke und die Tribünen amüsierten sich [illegible] bei den zahlreichen [illegible] Bemerkungen, die Genosse Heine in seine Rede einstreute; auch die Mitglieder der Mehrheit, die im Saale geblieben waren, kamen endlich auf ihre Kosten. Allmählich füllten sich die Bänke auf der Rechten und in der Mitte wieder; als Heine gegen 3½ Uhr seine [illegible] Ausführungen schloß, war wieder ein stark besetztes Haus zur Stelle.

Nächster Redner war Graf Limburg-Stirum. Natürlich ist der schlesische Graf — der vom Hunger seines Landes- und Standesgenossen Ballestrem nicht ein [illegible] besitzt — für den Antrag Aichbichler. Sehr [illegible] nahm sich der Herr Graf in der Rolle des Hüters der Verfassung und des Parlamentarismus aus. Am Schluß seiner Ausführungen kam natürlich die so beliebte [illegible] von der Entziehung „mißbrauchter" Rechte zum Vorschein.

Und nun erhob sich mit [illegible] mürrischem Gesicht der Abgeordnete Richter von seinem Platze. Allgemeine Spannung. Wird er auf dem Verrat an der gemeinsamen Sache der Linken [illegible]? D. h. der Vater der Sparagnes ist konsequent. Er sprach gegen den Antrag Aichbichler, gewiß; aber in einer Weise, die ein derartiges Toben und Lärmen des Beifalls auf der Rechten und im Zentrum entfesselte, wie es wohl kaum im Reichstag gehört worden ist. Einige Junker [illegible] sich fast vor Freude, die Zentrumsleute, die [illegible] schrien sich vor Entzücken die Kehle wund. Wie wieder in der freisinnigen Zeitung das Wörtlein „rechts" beim „lebhaften Beifall" weggelassen werden?

Nun kam Bassermann an die Reihe, der im Gegensatz zu Richter [illegible] die Tribüne zu besteigen pflegt. Der Redner Bassermann ist eine ganz [illegible] [illegible] Erscheinung, als Herr Eugen Richter; aber die Rolle, die er bei dem Geschäftsordnungsstandal spielt, ist der des Abgeordneten von Hagen [illegible] ähnlich. Natürlich ist Bassermann für den Antrag Aichbichler, und zwar — aus „[illegible] zum allgemeinen Wahlrecht". Gründe sind wohlfeil wie Brombeeren oder vielmehr noch viel wohlfeiler.

Die [illegible] Ausführungen des Abg. Schrader bewiesen, daß auch die [illegible] rechts stehenden Mitglieder der freisinnigen Vereinigung im Innern gegen die Vergewaltigung ihren Mann zu stehen gedenken. Auch der Pole Glebocki sprach gegen den Antrag Aichbichler, doch nicht ohne Verbeugung vor dem hohen Zentrum.

Dann kam der gemeinte Schlußantrag der Mundtotmachungsfirma. Singer beantragte namentliche Abstimmung darüber. Wieder versagten die biederen Bodenstrampler den Eingeweiden die Unterstützung, die aber auch ohne sie [illegible]. Jedenfalls bewog ein Rest von Schamgefühl — vielleicht auch das Wüten des eigenen Gefolges — Herrn Richter, mit der übrigen Linken und den Polen gegen den Schlußantrag zu stimmen. Es stimmten 96 gegen 195 Abgeordnete; die [illegible] hatten also [illegible] gesiegt.

Aber sie waren damit noch nicht am Ziele. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen, in denen die [illegible] Erregung [illegible], teilte Präsident Ballestrem mit, daß Singer Anträge auf namentliche Abstimmungen über den Antrag Aichbichler und sämtliche dazu gestellten Abänderungsanträge eingebracht habe. Wenn diese Mitteilung große Unruhe im Zentrum und rechts hervorrief, so entfesselte die folgende Mitteilung einen furchtbaren Sturm des Unwillens auf der Linken. Präsident Graf Ballestrem verlas nämlich einen Antrag Normann-Spahn-Tiedemann auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung über sämtliche zum Antrag Aichbichler gestellten Abänderungsanträge. Sofort erbat sich Genosse Singer das Wort zur Geschäftsordnung und führte mit überzeugender Logik aus, daß der Antrag Normann-Spahn-Tiedemann einen dreifachen Bruch der Geschäftsordnung bedeute.

Eine heftige Debatte war nun entfesselt. Von der Linken sprachen Stadthagen, Barth, Bebel — selbst Eugen Richter raffte sich auf. Mit [illegible] Keulenschlägen zer-

---

„Warum? Stolz?! Hahaha!" Sie lachte grell auf. „Du hast keine Ahnung; was weißt Du von der Kunst?" Sie stemmte beide Hände auf den Tisch, beugte sich vornüber und starrte ihren Mann mit glühenden Augen an. „Die frißt einen mit Haut und Haar, sage ich Dir; mit allem, was an einem ist. Die saugt einem das Mark aus den Knochen. Da" — sie streckte ihre beiden durchsichtigen Hände aus — „da, und nicht mehr meine Hände, meine Arme, mein Kopf, meine Brust, mein Herz" — mit fieberhafter Geschwindigkeit tastete sie an sich herum — „alles gehört ihr, alles! Oh" — sie fuhr sich mit einem Stöhnen nach den Schläfen — „sie macht einen unbarmherzig gegen sich selbst, gegen andere. Man geht über Leichen. Man hat keine Ehre mehr, keinen Stolz, kein Gewissen." Ein Schauder überlief sie. „Sie macht einen toll, rasend!" Sie beugte sich immer weiter über den Tisch, in ihren Blicken schien sich der Wahnsinn zu entzünden, rastlos glitzerten ihre Augen hin und her. „Glaubst Du, ich, ich selbst bin es gewesen, die die [illegible] ist und gewebt hat, Perfektion erbettelt?! Meine Füße wollten nicht — sie wurden gezwungen. Schritt für Schritt mußten sie machen — mußten — sie gingen die Treppe hinauf — sie standen vor der Thür — sie traten in die Stube — — — und dieser Mund mußte sprechen." Er mußte. Die Zunge rührte sich, die Lippen formten die Worte, die Stimme gehorchte — — — ich mußte, mußte. Ich mußte!!" Sie konnte nicht mehr, man sie [illegible], die Leidenschaft riß sie fort. „Ich würde mich noch mehr demütigen!" schrie sie. „Ich würde zu Eisenlohr gehen, ich würde zu Herrn Mannhardt gehen, ich würde alle bitten, alle! Ich muß, ich muß!" Sie griff sich in die Haare und riß daran. „Ich bin verrückt, ich weiß es. Nur ein Erfolg! Ich bin [illegible], ich bin schlecht!" Sie schrie es fast in wilder Selbstanklage. Ihr blasses Gesicht [illegible] unheimlich, jede Fiber an ihr zitterte: ihre hohe Gestalt duckte sich tiefer und tiefer, sie lag auf dem Sprung wie ein Raubtier, das ein Opfer belauert. Sie selbst war das Opfer. „Ich bin schlecht, ich bin erbärmlich!"

„Elisabeth!" Er suchte ihren Verwirrten Einhalt zu thun. „Schweig! Du sollst so nicht sprechen. Du versündigst Dich. Du bist krank. Du — "

Sie überschrie ihn. „Ich möchte sterben, hörst Du, sterben! Aber sie läßt mich nicht sterben — ich muß leben! Voran! Voran! Immer gepeitscht, immer gehetzt, immer gequält, unglücklich — verzweifelt — — " die Stimme versagte ihr.

„Und das ist die Kunst?!" Verstört, entsetzt sah er sie an.

„Das ist die Kunst!" sagte sie schneidend.

(Fortsetzung folgt.)

schmetterten sie die kläglichen Schwindelbauten, hinter denen die Redner der Rechten Spahn, Tiedemann und Sattler Deckung suchten. Bebel entfesselte einen Wutausbruch der Rechten, als er den Antrag den Gipfel der Schamlosigkeit nannte. Ein Vertagungsantrag der Linken wurde in namentlicher Abstimmung niedergestimmt. Dann ergriff Genosse Südekum das Wort zu einem nochmaligen Appell an die Mehrheit. Er wies schlagend das Unhaltbare der „Auffassung" Spahns, Sattlers und Konsorten nach und geißelte das unerhörte Gebaren der „Mehrheit", die sich immer nur zur Vergewaltigung der Linken zusammenfindet. Der folgende Redner, Pandert, holte sich für seine [illegible] Ausführungen zwei Ordnungsrufe des Präsidenten. Nachdem dann noch Präsident Graf Ballestrem, der mit Recht [illegible] als Hüter der Geschäftsordnung gerühmt wurde, den Beweis geliefert hatte, daß er auch anders kann, erfolgte eine namentliche Abstimmung darüber, ob das Haus den Antrag Spahn für zulässig halte oder nicht. Es „weiß" tut sie zulässig.

Nunmehr hätte ein Redner für, einer gegen den Antrag Spahn reden müssen. Von den Gegnern war der Genosse Dr. Südekum vorgeschickt worden. Aber noch ehe er seine Rede beginnen konnte — es war 3/4 10 Uhr geworden — meldete die Hausverwaltung dem Präsidenten, daß das elektrische Licht zu versagen drohe, da die Kohlenstücke in den Bogenlichtern herabgebrannt seien. Deshalb mußte Schluß gemacht werden.

Dieser Martinet kam den Herren sehr gelegen, denn der Schluß rettete die Mehrheit vor der **Blamage, daß sie wieder nicht ausgehalten hätte.** Die Reihen der Rechten hatten sich arg gelichtet; nur die Sozialdemokraten, soweit sie nicht krank sind — was z. B. leider vom Genossen Auer zu melden ist — waren vollzählig am Platze im unerschütterlichen Pflichteifer.

Am Freitag gehen die Verhandlungen fort, deren Ausgang natürlich nicht mehr zweifelhaft sein kann. Aber etwas anderes ist, ob der Antrag Aichbichler die Beratungen fördern kann und wird. Darüber wird die Erfahrung abzuwarten sein: sie kann bitter werden für die Zollwucherer!

Die Rechtsprechung von Angerburg.

Der interessante Fall, den wir jüngst aus diesem ostpreußischen Städtchen berichteten, erhält jetzt noch einen interessanten Nachtrag. Das Amtsgericht zu Angerburg hatte bekanntlich einen Vertrag infolge der Einrede des einen Kontrahenten, daß er von der Eigenschaft des andern Kontrahenten als Sozialdemokrat nachträglich Kenntnis erlangt habe, auf Grund des § 119 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für nichtig erklärt. Jetzt bringt unser Königsberger Parteiblatt, die Königsberger Volkszeitung, Auszüge aus der Urteilsbegründung, die wert sind, der Vergessenheit des Aktenkopiers entrissen zu werden. Es heißt also in dem Urteil:

„Es kann zwar ohne weiteres als feststellt erachtet werden, daß im allgemeinen bei Abschließung von geschäftlichen Verträgen zwischen zwei Kontrahenten die politische Gesinnung des einen oder anderen Vertragschließenden nicht als wesentlich gilt.

Es ist aber zu berücksichtigen, daß in diesem Falle die Uebergabe einer den Namen des Beklagten tragenden Filiale an den Kläger ein Rechtsgeschäft darstellt, welches ein besonderes Vertrauen des Beklagten zu dem Kläger voraussetzt. Denn ähnlich dem Teilhaber wird derjenige, welcher die Filiale eines Kaufmanns führt, wenn er es beabsichtigt, leicht das Geschäft lediglich zu seinen Gunsten und zum Schaden des anderen Teils führen können. Eine solche Filiale wird ein verständiger Kaufmann im allgemeinen, wenn er die betreffende Person [illegible] kennt, [illegible] seinen politischen Gegner anvertrauen.

Es ist aber weiter zu erwägen, daß die Ziele der Sozialdemokratie auf Umgestaltung der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gerichtet sind. **Ein zielbewußter Sozialdemokrat** — und es muß angenommen werden, daß Kläger ein solcher ist — **muß daher auch ein Gegner der Einzelwirtschaften der Anhänger der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sein.** Darum ergiebt sich mit Notwendigkeit, daß auch der Kläger im Grunde **die Filiale des Beklagten nur mit Widerwillen würde verwalten können.** Somit kann der Beklagte zum Kläger vernünftigerweise nicht das Vertrauen haben, welches die Leitung der Filiale erfordern würde."

„Vernünftigerweise" kann also ein Sozialdemokrat überhaupt in der heutigen Gesellschaft von einem „Anhänger der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung" nicht beschäftigt werden, da er als Gegner der Einzelwirtschaften nur mit Widerwillen für eine solche Einzelwirtschaft arbeiten kann. Wonach also jeder Arbeitsvertrag vom Unternehmer ohne weiteres gebrochen werden kann, wenn er nicht vorher gewußt hat, daß der Arbeiter Sozialdemokrat ist. Ein Sozialdemokrat ist eben ein außerhalb der heutigen Ordnung Stehender und wenn im allgemeinen die politische Gesinnung eines Vertragschließenden nicht wesentlich ist, an ihm ist sie so wesentlich, daß er verpflichtet ist, den anderen Teil darauf ausdrücklich aufmerksam zu machen, wenn er nicht will, daß der Vertrag jegliche Rechtskraft verliere. Denn das Urteil fährt fort:

„Auch kann der Kläger nicht Schadenersatz vom Beklagten verlangen. Denn der Kläger wäre verpflichtet gewesen, dem Beklagten bei Abschluß des Vertrages mitzuteilen, daß er Sozialdemokrat sei; er hätte sich sagen müssen, daß Kläger wohl die politische Gesinnung seines Vertragskontrahenten nicht kennen könne, weil er sonst verständigerweise diesen Vertrauensvertrag mit einem derartigen politischen Gegner nicht abgeschlossen hätte."

Das ist die juristische Seite der Affaire. **Die soziale und politische wird durch folgende Stelle des Urteils dargelegt:**

„Der Beklagte . . . . macht geltend: Er würde durch die Uebergabe des Geschäfts an den Kläger nicht nur in der Filiale, sondern auch in dem Hauptgeschäft einen beträchtlichen Schaden erleiden, indem ein großer Kundenkreis, insbesondere die von dem Herrn Superintendenten in Angerburg geleiteten Wohlthätigkeitsanstalten, aus diesem Grunde von ihm fortgehen würden."

Dieser Angerburger Superintendent paßt zu dem Angerburger Amtsrichter.

Begierig darf man übrigens darauf sein, ob das Angerburger Urteil die höhere Bestätigung findet!

Deutsches Reich.

Berlin, 11. November. Die Geschäftsordnungskommission des Reichstags beriet Donnerstag über die Frage, ob die Wiederholung eines Beschlusses des Reichstags über die geschäftliche Behandlung eines Gegenstandes zulässig sei. Nach längerer Debatte wurde mit zehn gegen die vier Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten Singer und Meister und der freisinnigen Abgg. Dr. Müller-Sagan und Träger folgender Antrag Gröber-Roeren angenommen: „Die Geschäftsordnung enthält keine Vorschrift, welche den Antrag unzulässig macht, einen nach Maßgabe des § 19, 2 der Geschäftsordnung gefaßten Beschluß über Trennung oder Verbindung der Beratung innerhalb derselben Diskussion aufzuheben."

— Der Schreiber des Briefes, den der Vorwärts gestern zitierte, ist der Konservative v. Waldow. Der Brief wurde **im Foyer des Reichstags gefunden.**

Verständigungsgerüchte laufen wieder um. Nach dem B. T. war gestern in den parlamentarischen Wandelgängen das Gerücht verbreitet, daß aus dem Schoße der verbündeten Regierungen den Mehrheitsparteien Vorschläge behufs einer [illegible] lichen Verständigung über den Zolltarif gemacht worden [illegible]. Sie soll sich vorläufig auf die Frage der Getreidezölle erstrecken und namentlich bezüglich des Gerstenzolles ein Entgegenkommen bedeuten. (!)

Dagegen meldet die Nat.-Ztg.: In den letzten Tagen haben wiederum Besprechungen des Reichskanzlers mit Abgeordneten stattgefunden, am Dienstag mit Mitgliedern der Mehrheit, am Mittwoch mit den Nationalliberalen. Wie das Blatt erfahren haben will, stehen die Dinge auf dem alten Fleck, der Stein des Anstoßes seien die Beschlüsse über die Mindestzölle geblieben. Außerdem wurde vom Zentrum vergeblich ein neuer Versuch gemacht, die Bewilligung von Diäten zu erlangen. Nach einem in Parlamentskreisen verbreiteten Gerücht beabsichtige das Zentrum, nunmehr im Reichstage eine Aufforderung an die Regierung zu beantragen, auf Grund der bisherigen Beschlüsse der Kommission und des Plenums in Verhandlungen über neue Handelsverträge einzutreten.

Das wäre soviel wie das Eingeständnis, daß die Mehrheit daran verzweifelt, den Zolltarif ordnungsmäßig durchzubringen.

Mit der sozialdemokratischen Mehrheit im Rudolstädter Landtag, die wir am Mittwoch nach einem bürgerlichen Blatte triumphierend meldeten, hat es noch gute Wege. Aus Saalfeld wird uns vom 13. November geschrieben: Die letzte Nachwahl findet erst heute statt und in dem Falle, daß wir da siegen, bekommen wir das achte Mandat; haben also dann genau die Hälfte der Sitze inne. Eine absolute Majorität ist ausgeschlossen.

Der gefesselte Redakteur. Der Verein Berliner Presse nahm einen Antrag an, sich in der Angelegenheit der Fesselung des Redakteurs Hofmann (Kattowitz) mit einer Petition an den preußischen Landtag zu wenden.

Immer wieder etwas von der Polizei. Die Karlsruher Badische Presse bringt die Mitteilung eines Bürgers, der wegen Nichtbezahlung einer Mark Strafe, die ev. in Haftstrafe umzuwandeln war, bei Vornahme der Verhaftung von vier Schutzleuten mißhandelt und gefesselt wurde. Die herbeieilenden Kinder wurden durch Stöße und Säbelhiebe verletzt. Mit zerrissenen Kleidern und gefesselt wurde der Mann ins Gefängnis abgeliefert, jedoch nach Erlegung der Strafe von 1 M. wieder freigelassen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Skandalszenen im Abgeordnetenhause reißen gar nicht mehr ab. Auf die furchtbaren Auftritte zwischen Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen bei der Erörterung der Favoritener Polizeithat ist ein Zusammenstoß zwischen Alldeutschen und Tschechen gefolgt. Das Haus berät schon seit mehreren Tagen die Erklärung Körbers über seinen Plan zur Lösung der Sprachenfrage. Die nationalen Leidenschaften sind dabei schon mehrfach wütend auf einander geplatzt und die Heißsporne auf beiden Seiten, einerseits die nationalsozialen Tschechen Klofac, Fresl und Choc, andererseits die Alldeutschen Stein, Berger usw., haben an beschimpfenden Zwischenrufen schon Erhebliches geleistet. Am Donnerstag wurde die Erörterung durch die Beratung eines Dringlichkeits-Antrags deutsch-böhmischer Abgeordneten betreffend die tschechischen Aufschriften und Plakate auf Bahnen im ausschließlich deutschen Gegenden Böhmens unterbrochen. Dabei kam es zu einem Skandal, der schließlich in eine Prügelei ausartete. Als der Tscheche Grabmayer, der den Skandal in der Czernitzer Handelskammer arrangierte, das Wort ergriff, rief ihm Iro zu: „Schweigen Sie, Stinkbombenwerfer!" **Hierüber entstand großer Lärm bei den Tschechen.**

Abg. Stein beschwert sich, daß in ganz Deutschböhmen die tschechischen Kondukteure in den Stationen „Hotovo" (fertig!) rufen. (Gelächter bei den Tschechen.) Stein: „Ihr seid Schakale!" Die Tschechen rufen: „Sie sind hotovo." Stein: „So ist die tschechische Rasse."

Die Erklärung des Eisenbahnministers Wittek, daß die Regierung nicht in der Lage sei, die zweite Landessprache aus dem Eisenbahndienst in deutschen Gegenden auszuscheiden, wird von den Deutschböhmen mit stürmischem Protest erwidert. Es entsteht ein Streit zwischen Tschechen und Deutschen. Man hört Rufe, wie: Schafsköpfe, Lausbuben, tschechische Zirkelbande. Hierauf bricht ein Skandal aus, ärger als je zu Badenis Zeiten. Von Schimpfworten kommt es zu Faustschlägen. Der deutsche Abgeordnete Gröbstl gerät in Streit mit dem Tschechen Sehnal. Plötzlich hört man den Ruf Frechheit. Beide Abgeordnete drohen einander mit Fäusten und Sehnal ruft mit wutverzerrtem Gesicht Gröbstl zu: „Sie deutsches Schwein!" Gröbstl, in größter Aufregung, schreit: „Das ist doch eine unerhörte Frechheit, das lassen wir uns nicht gefallen!"

Nur durch das Dazwischentreten Dr. Lechers wird eine Rauferei Gröbstls mit Sehnal verhindert. Aber von beiden Seiten drängen Deutsche und Tschechen heran und der Streit wird allgemein. Schmerer, auf Sehnal deutend, ruft: „Gebt's ihm eine Watschen!" Andere rufen: „Werft ihn hinaus! Schmeißt ihn hinunter!"

In den Bankreihen der Linken, wohin sich Sehnal und andere Tschechen gedrängt hatten, bildet sich ein Menschenknäuel. Sehnal fliegt über die Stufen zwischen den Bänken rücklings hinunter, fällt dann auf den Rücken Lechers und wirft ihn fast zu Boden. Nun kommt es in der dichtgedrängten Menge der Deutschen und Tschechen zu regelrechten Faustschlägen und Stößen. Die Tschechen Sehnal und Fresl werden am ärgsten bedrängt. Es herrscht ein furchtbarer Tumult und Lärm. Von den übrigen Parteien wird stürmisch „Pfui, pfui!" gerufen. Auch auf der Galerie entsteht Lärm. Präsident und Vizepräsidenten verlassen ihre Plätze. Das Handgemenge und der Faustkampf dauern fort, aber die dichtgedrängte Menge schiebt sich hin und her. Alldeutsche und radikale Tschechen toben am ärgsten.

Endlich gelingt es der Intervention unbeteiligter Abgeordneten, die Menge der Streitenden zu trennen. Man nimmt beiderseits die Plätze ein. Nach einiger Zeit verstummen auch die Zänkereien. Der Präsident kehrt auf den Platz zurück. Er rügt die Einmischung der Galerie und erteilt Sehnal für die Beschimpfung Gröbstls einen Ordnungsruf, was aber neuen lärmenden Widerspruch der Tschechen hervorruft. Die Debatte wird wieder aufgenommen, aber in Anbetracht der allgemeinen Aufregung muß der Präsident die Sitzung bald schließen.

Frankreich.

Der Bergarbeiterstreik ist nun doch beendet. Die Leitung hat sich nun doch überzeugen müssen, daß der Ausstand nicht länger mehr zu halten war. Aus Lens wird vom 13. November telegraphiert, daß der Kongreß der Vereinigung der Bergarbeiter des Departements du Nord und Pas de Calais den Streik aufhob.

Belgien.

Der geliebte Landesvater. Aus Brüssel wird vom 13. November gemeldet: In der heutigen Kammersitzung wurde beschlossen, eine Delegation an den König zu entsenden, um ihm zum Tode seiner Frau zu kondolieren. Hierauf gab der Abgeordnete Hector Denis im Namen der sozialdemokratischen Partei eine Erklärung folgenden Inhalts ab: „Wir neigen uns vor dem Tode und bedauern die verlassene Gattin und Mutter, an deren Sarge nicht einmal ihren Töchtern zu einem Gebete zu beten erlaubt war." Er sprach hierauf von der bekannten Angelegenheit der Prinzessin Stephanie und fuhr fort: „Der König hat die große Gleichgültigkeit bei dem ganzen Vorfall gezeigt und unser menschliches und unser republikanisches Gefühl erlaubt uns nicht, uns an der Delegation an den Monarchen zu beteiligen." Die Rechte der Kammer verhielt sich bei dieser Erklärung durchaus schweigend und auch die Minister wagten nichts zu erwidern.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021114/2
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG